

Vorlage-Nr.: **4130-2011/DaDi** vom 19.01.2011

Aktenzeichen: 039-010

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Walter Busch-Hübenbecker

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Schuldenbremse - Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt- Dieburg lehnt eine Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Hessischen Landesverfassung aus kommunalpolitischen Gründen ab. Der Kreistag fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, diese Verankerung abzulehnen und gegen die Schuldenbremse ihre Stimme am 27.3. 2011 zu erheben. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, sich dem Votum des Kreistags anzuschließen.

Begründung:

Die Sorge um die Verschuldung der öffentlichen Hand ist berechtigt. Stabile Haushalte sind die Grundlage für eine handlungsfähige Politik. Sowohl ausufernde Verschuldung als auch platte Verschuldungsverbote machen Politik aber handlungsunfähig. Dies gilt für alle politischen Ebenen. Niemand kann zum jetzigen Zeitpunkt präzise beurteilen, welche Verlaufsform die Entwicklung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter nehmen wird und welche Auswirkungen sich daraus für die öffentlichen Haushalte bis zum Jahre 2020 ergeben werden. Deswegen ist eine Schuldenbremse zum jetzigen Zeitpunkt und mit dem jetzigen Zeithorizont keine Antwort in der Sache.

Die Budgethoheit des Landes Hessen geht bereits jetzt mit Verschuldungsregelungen einher – insbesondere durch die verfassungsrechtliche Obergrenze in Gestalt der Investitionssumme sowie durch die Ausnahmeregelungen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes. Für die vor uns liegende Zeit ist das ein hinreichend definierter Rahmen."

Statt sozial gerechte Steuern, soll hier eine Kürzungsorgie organisiert werden zu Lasten der sozial Schwachen. Zu erwarten ist ein weiterer Sozialabbau. Trotz jahrelanger sozialer Kürzungen, trotz Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und trotz weiterer Privatisierungen öffentlicher Leistungen werden die höchsten Schulden in der Geschichte gemacht. Das Land, Bund und Gemeinden sind hauptsächlich deshalb gezwungen Schulden zu machen, weil sich die Steuereinnahmen verringert haben.

Allein infolge der Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende haben die öffentlichen Haushalte seit 1998 Einnahmen in Höhe von 380 Mrd. € verloren. Das ist ein entscheidender Grund für die Wachsende Verschuldung.

Was wir brauchen ist endlich die Unternehmen und Vermögenden wieder stärker an der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben zu beteiligen statt eine Schuldenbremse einzuführen.

Wir bitten unseren Antrag zu unterstützen.